

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Fernpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postkontos Nr. 58 477. Vierteljahrkontos Nr. 58 477.

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 008.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile nach oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorschrift 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungsbeitrag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtaufgabe 6.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilenaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein Verhandlungsangebot der Dresdner Regierung.

Das Feuer auf den Nägeln!

Ein Sozialisierungs-Gesetzesentwurf der Regierung!

Der Generalstreik der Arbeiterschaft in Mitteldeutschland und Berlin hat den gemächlichen Trott des Amtschimmels plötzlich in Galopp verwandelt. Die Regierung des Reichs hat eingesehen, daß sie dem Proletariat denn doch etwas mehr bieten muß, als die lächerliche Versicherung in Flugblättern und Plakaten, daß die Sozialisierung auf dem Marsch sei. Sie präsentiert also endlich einen Gesetzesentwurf, der den Anfang der Sozialisierung vorstellen soll. Sie läßt durch Wolffs Bureau melden:

Berlin, 4. März. Die Reichsregierung hat beschlossen, dem Staatesanwaltschaftsamt sofort ihre Entwürfe zum Sozialisierungs-Gesetz und zu dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft zur Einbringung an die Nationalversammlung vorzulegen. Zugleich beschloß die Reichsregierung, ungeachtet des Entwurfs eines Gesetzes über die Kohlenwirtschaft auszuarbeiten, das dieses Gebiet auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage regeln soll.

Der Entwurf eines Sozialisierungs-Gesetzes besagt im § 1:

Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert. Die Arbeitskraft als höchstes Wirtschaftsgut der Nation verpflichtet den Bürger des Reichs, das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

§ 2: Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte in deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie Verflechtung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft auszusichern des Reichs, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbänden zu regeln, ist Sache des Reichs.

§ 3: Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen und Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beauftragt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4: In Ausführung der im § 2 vorgezeichneten Befugnis wird angeordnet durch ein besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung der in Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen Energiequellen oder von ihnen stammenden Energien (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Reichsgebiet „Kohlenwirtschaft“ ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

Das der Nationalversammlung zugehende Gesetz wird morgen veröffentlicht.

Der Entwurf stellt ein Rahmengesetz dar, das erst durch die Ausfüllung des Rahmens die feste Gestalt gewinnt, die ein sicheres Urteil über seinen Wert gestattet. Die guten Gedanken der Vorlage können durch die Füllsätze wieder arg entstellt und verkehrt werden. Dieses Gesetz könnte in der Hand einer wirklich sozialistischen Regierung, die von dem entschlossenen Willen erfüllt ist, die Durchführung des Sozialismus sogleich ernstlich in Angriff zu nehmen, ein wirksames Mittel zu diesem Zwecke werden. Aber in der Hand der Weimarer Koalition von kapitalistischen Parteien und Scheinsozialisten kann es ebensogut ein Messer ohne Heft und ohne Klinge werden. Ob man diesen Entwurf als gültiges Unterpfand dafür nimmt, daß die Sozialisierung wirklich auf dem Marsch ist, das hängt im wesentlichen davon ab, ob man der Regierung, die es handhaben soll, Vertrauen entgegenbringen darf. Damit ist diesem Entwurf, solange die Regierung Scheidemann-Schiffer-Erberger ihn betreut, das Urteil im ganzen gesprochen.

Die einzelnen Paragraphen für sich mögen lediglich erscheinen. In der rechtsgeschäftlichen Festlegung des Rechts auf Arbeitslosenunterstützung mag man einen großen Fortschritt sehen, obgleich auch hier das Gesetz nur nachträglich sanktioniert, was sich auf Grund der neuen Verteilung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte, auf Grund der dringenden ökonomischen Not schon durchgesetzt hatte. Aber das Recht auf Arbeit und auf Existenz kann, wie uns schon heute die Praxis der Erwerbslosenunterstützung zeigt, böse Widerhaken für die Arbeiter haben; das Spezialgesetz über den Gegenstand erst kann zeigen, wie diese Regierung, in der die kapitalistischen Einflüsse so stark sind, die Frage des Arbeitszwangs zu lösen gedenkt.

In den Paragraphen über die Sozialisierung im eigentlichen Sinne fällt auf die starke Betonung, daß „insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte“ vergesellschaftet werden sollen. Das läßt nur zu sehr den Verdacht aufkommen, daß die Ausfüllung die Beschränkung auf diese Industriezweige bedeuten wird.

Die Arbeiterräte werden in dem Gesetz gar nicht erwähnt. Das ist wieder der Hauptfehler.

Der andre ist der, daß der Entwurf eben nur Versprechungen gibt in einer Situation, wo alles auf Laten ankommt. Mehr als die schönen Worte des Entwurfs hätte ein Eingehen der Regierung auf die Forderungen der Streikenden der Arbeiter gegeben. Das hätte einen Schritt in die Sozialisierung hinein bedeutet, während der Gesetzesentwurf noch immer an der Oberfläche des Gegenstandes herumtastet.

Bewilligung der Generalstreikforderungen, das ist die Maßregel, die den Willen der Regierung zur Sozialisierung glaubhaft machen könnte, die dem Proletariat etwas mehr gibt, als glatte Versprechungen als Wechsel, deren Einlösung zweifelhaft ist.

Worte helfen nicht mehr — Taten sind das Gebot der Stunde!

Eine Maßregel, die die Sozialisierung auf einem Teilgebiet praktisch in Angriff nimmt, ist zur Stunde mehr wert, als Dutzende schöner Gesetzesentwürfe, die sie nur für später versprechen!

Ein Verhandlungsangebot aus Dresden.

Aus Dresden ist folgendes dringendes Telegramm in Leipzig eingetroffen:

Vollbeauftragter Schwarz ist bereit, mit Arbeiter- und Soldatenrat über Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in Leipzig zu verhandeln. Er steht Donnerstag zur Verfügung. Möglichst sofortige dringende Drahtantwort erwünscht.

Für das Gesamtministerium
Gradenauer.

Die Herren Volksbeauftragten in Dresden scheinen noch immer nicht zu wissen, worum es sich in Leipzig handelt. Die Arbeiter wollen nicht die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens in dem Sinne, wie es die von den Rechtssozialisten unterstützte Bourgeoisie wünscht, sondern sie verlangen nach der Sozialisierung des Wirtschaftslebens, nach der Herstellung eines sozialistischen Gemeinwesens. Und das ist nicht allein eine sächliche Angelegenheit, geschweige denn, daß diese Frage in Leipzig allein gelöst werden könnte. Wenn also Verhandlungen geführt werden sollten, so wird das nur auf der Grundlage geschehen können, daß die sächliche Regierung sich verpflichtet, für die Erfüllung der Forderungen der Leipziger Arbeiterschaft mit aller Kraft einzutreten.

Die Forderungen in München.

München, 5. März. (T. U.) 89 sozialistische Versammlungen nahmen gestern Abend eine Entschliessung an; die folgende Forderungen enthält: Sozialistische Einheitsfront, Einberufung des Landtags, Bildung einer verhandlungsfähigen Regierung, Sicherung der Pressefreiheit, Ausbau des Räte-Systems, Neuwahl der Räte auf demokratischer Grundlage, sofortige Sozialisierung. Für dieses Programm und gegen den Terror wird an einem noch festzusetzenden Tage eine Massendemonstration veranstaltet werden.

Der Generalstreik in Berlin.

In den Großbetrieben Berlins ist die Arbeit sofort niedergelegt worden, in den zahllosen kleineren Unternehmungen sind die Arbeiter nach und nach der Generalstreikspareole gefolgt. Jetzt blüht die Arbeit in ganz Berlin vollkommen ruhen. Von dem geplanten Bürgerstreik ist nichts zu merken. Die Geschäfte haben geöffnet, in den Kneipen wird wie gewöhnlich gearbeitet, Post- und Ferngesprächverkehr funktionieren weiter. Trotzdem die weißen Gardien Roskes sich alle Mühe geben, um Krawalle zu provozieren, ist es zu größeren Unruhen bisher nicht gekommen. Die Zeitungen erscheinen nicht mehr, die Streikleitung gibt ein Nachrichtenblatt heraus. Ohne jeden Grund ist die Druckerei der Roten Fahne von Regierungstruppen besetzt und der Redakteur Dr. Hans Meyer verhaftet worden.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage ist unverändert. Der Streik dauert an, der Verkehr ruht vollständig. Aus dem Norden und Nordosten der Stadt werden belagerte Häuserzeilen gemeldet. Entgegen den Beschlüssen des Streikkomitees erscheinen Vorwärts und mehrere Blätter der Rechten, während die Freiheit gemäß den Abmachungen an dem Erscheinen verhindert ist. In den Räumen der Freiheit wurde durch 80 Soldaten Hausdurchsuchung nach den Rättern des Mittelungsblattes vorgenommen — das Mittelungsblatt der Streikleitung gilt nämlich für die Regierung als verboten, da während des Belagerungszustandes keine neuen Blätter erscheinen dürfen. Der Eisenbahnverkehr dauert vorläufig an. Die Berliner Eisenbahner haben sich gestern für neutral erklärt.

Sie befehligen sich nach ihrem Beschluß an dem Streik nicht, weil sie im Interesse des Allgemeinwohls die Ordnung aufrecht erhalten wollen und auf Seiten der streikenden Regierung stehen. In der gestrigen Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins wurde nach längerer Debatte ein Antrag angenommen, wonach sich der Streik nur insoweit gegen die Regierung richtet, als von dieser eine befriedigende Erfüllung der aufgestellten sächlichen Forderungen verlangt wird. Ferner wurde in geheimer Abstimmung mit knapper Mehrheit beschlossen, die Forderungen durch eine Kommission nach Weimar zu übermitteln.

Rossegarden und Bevölkerung in Berlin.

Berlin, 5. März. (T. U.) Ueber die Ausschreitungen, die sich gestern auf dem Alexanderplatz ereigneten, melden die Berliner Morgenblätter: Gegen Mittag hatte sich auf dem Alexanderplatz eine große Menge eingefunden. Zwei Offiziere, die den Platz in einem Wagen passierten, wurden herausgerissen, blutig geschlagen und am Boden liegend mit Fußstapfen bearbeitet. Eine Abteilung des Garde-Train geriet in Gefahr, vor der Volksmenge entwaffnet zu werden. Als Regierungstruppen hinzukamen, fielen mehrere Schüsse, worauf der Platz geräumt wurde. Vier Männer und drei Frauen wurden dabei getötet. Von den Regierungstruppen fiel ein Leutnant. Auf dem Görlitzer Bahnhof versuchten gestern nachmittags streikende Arbeiter die Gleise aufzureißen, wurden aber von Bahnbeamten und Soldaten daran gehindert. In der Kastanienallee mußte sich eine in das Stadlinnere marschierende Truppenabteilung mit der Schusswaffe gegen die Menge zur Wehr setzen. Opfer hat diese Schikane nicht gefordert. Am Eichenbühl Bahnhof und in Moabit ist es gestern vormittag noch zu einigen Plünderungen von Geschäften gekommen. — Das Berliner Tageblatt, der Volksanwäger, die Boffische Zeitung und einige andere Berliner Blätter sind auch heute nicht erschienen.

Generallstreik in Bremen!

Bremen, 5. Februar. (T. U.) Da bis gestern mittag die Forderungen der Arbeiter auf Freilassung der gefangenen Spartakisten nicht erfüllt wurde, sind die Arbeiter der Bremer, Atlas- und Hansa-Werke, ferner der Lloyd-Dynamo-Werke und der Norddeutschen Waggonfabrik sowie der Gasanstalt in den Streik getreten. Die Abstimmung, die geheim vorgenommen wurde, ergab eine Zweidrittelmehrheit für den Streik. Die Militärposten und Patrouillen, die wieder mit Handgranaten und Stahlhelmen ausgerüstet sind, zeigen sich wieder auf den Straßen. Die Straßenbahnwagen wurden angehalten und die Fahrgäste nach Westen unterkurt. Die Stadt war um 7 Uhr abends ohne Gas. Um 8 Uhr begann eine Sitzung der Regierung, in der Beschlüsse über die Lage gefaßt werden sollten.

Der weiße Schrecken in Halle.

Ueber die Lage in Halle meldet uns ein eigener Bericht: Hier sind 8000 Mann Koske-Truppen eingetroffen. In der auswärtigen bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse wird das als ein großer Sieg der Regierung hingestellt, dabei war von der Streikleitung gar nicht beabsichtigt, den einrückenden Regierungstruppen irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen. Festgestellt muß aber ausdrücklich werden, daß diese Truppen von dem rechtssozialistischen Abgeordneten Ziehe verbannt nach Halle geführt worden sind, trotzdem ihm bekannt war, daß hier völlige Ruhe und Ordnung geherrscht hat. Erst mit dem Eintreffen der weißen Gardien ist die Ruhe gestört worden, ist es zu Plünderungen gekommen, ist die Freiheit des Bürgers unterdrückt. Jetzt herrscht in Halle der weiße Schrecken.

Wenn die Regierung aber glaubt, damit den Generalstreik der Arbeiterschaft in der Stadt und im Bezirk Halle unterdrücken und insbesondere den Eisenbahnverkehr wieder herzustellen zu können, so irrt sie sich gewaltig. Eine große Versammlung der Funktionäre der Arbeiterschaft hat beschlossen, den Generalstreik noch zu verschärfen und nicht eher in Verhandlungen einzutreten, bis die Regierungstruppen die Stadt wieder verlassen haben. Das Gleisstritzig und das Gaswerk sind stillgelegt worden. Im Bergbaubezirk ist mit dem Erlaufen der Schächte, besonders der Kallgruben, zu rechnen. Wenn die Arbeit im Mansfelder Kupfersteinschmelzwerk nicht bald wieder aufgenommen werden kann, wird dieser auf Jahre hinaus gestört und Deutschland damit seiner einzigen inländischen Kupferquelle beraubt.

Die Eisenbahner stehen fest auf ihren Forderungen. Am Dienstag hat eine Versammlung von 5000 Eisenbahnern beschlossen, erst dann wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn die Koske-Garden Halle wieder verlassen haben. Es ist also keine Aussicht, daß der Verkehr so bald wieder aufgenommen wird.

Im Generalstreik der Arbeiter ist also nitendings eine Abplittierung zu verzeichnen, im Gegenteil, die Arbeiterschaft ist von dem festen Willen erfüllt, ihm seinem Ziele zuzuführen. Dagegen ist der Bürgerstreik zusammengebrochen. Die Bürger haben ihre Forderungen nicht durchsetzen können. Ihre Schuld ist es, wenn es in Halle zu Plünderungen gekommen ist, unter denen sie naturgemäß am meisten zu leiden haben.

Der Halle'sche Bürgerstreik beendet.

Halle, 5. März. Gestern morgen hat der Aktionsausschuß des Halle'schen Bürgerstreiks durch Ausschlag der Bürger aufzufordern, die Arbeit wieder aufzunehmen und für geregelte Versorgung der Stadt Halle einzutreten, da die Regierungstruppen wieder abgezogene Verhältnisse herstellen würden. Lebens-

Telegraphenamt und die Postämter werden ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wenn auch in beschränktem Umfang. Die Zeitungen sollen heute wieder erscheinen.

Der Streik in Westfalen.

Koblenz, 5. März. Der Streik in Westfalen hat bis heute keine Abmilderung erfahren. Die Forderungen sind nicht erfüllt worden. In der Provinz Westfalen sind die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt worden. In der Provinz Westfalen sind die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt worden.

Ein neuer Streik im Ruhrrevier.

Essen/ Ruhr, 5. März. Auf den Schachtanlagen des Kaiser in Hamm befindet sich der größte Teil der Belegschaft seit gestern wieder im Ausstand. Bei der heutigen Arbeit sind von der 6000 Mann starken Belegschaft 5000 Mann nicht angefahren. Grund des Streiks: Forderung der Zurückziehung der Regierungstruppen, Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit, sowie sofortige Entlassung der bei den letzten Wahlen selbsternannten Spartakisten. Auf den letzten Nachbarn Eintritte und Vereinte Westfalen ist der Streik beendet.

Der Mordanschlag auf den Eisenbahnzug.

Wir haben am Sonnabend zwei Meldungen des Volkischen Bureau wieder gegeben, wonach in Köln in Anhalt auf einen Eisenbahnzug, der angeblich von Spartakisten besetzt gewesen sei, geschossen worden ist, und daß mehrere Passagiere getötet oder verwundet wurden. Ueber diesen Vorfall wird uns aus Halle berichtet: Es ist von Halle ein Notiz abgegangen, wonach die Anhalt von Passagieren, die in Halle liegengeblieben waren, weiter befördert wurde. In Halle liegt ein Eisenbahnzug, der von Spartakisten besetzt ist. Die beiden wurden in Köln festgenommen, vom Arbeiter aber sofort wieder freigelassen und im Auto nach Halle zurückbefördert. Es ist ein Schwindel, daß der Zug das Halbesimalde überfahren habe, 8 bis 10 Meter dahinter wurde er zum Stehen gebracht, er ist aber trotzdem aus 8 bis 10 Meter Entfernung beschossen worden. Es hat sich herausgestellt, daß von den regierungstreuen Truppen in diesem Falle ein ganz schamloser Mord an mehreren Männern und Frauen verübt worden ist.

„Leipzig in schnellster Fahrt passiert.“

Uebereinstimmend meldet die bürgerliche Presse vom Schlage des Nordwärts und Berliner Tagesblatts: „So gelang es, wie und die Berliner Eisenbahnstrecke mittelst der D-Zug 26, der gestern (Donnerstag) abends um 9 Uhr 30 Minuten vom Anhalter Bahnhof abging, dadurch nach München durchzuführen, daß der Zug Leipzig in schnellster Fahrt ohne anzuhalten passierte.“ Selbst die Anhaltigen vom D. L. und vom Nordwärts sollten wissen, daß der Leipziger Bahnhof Kopfstation ist. Wer ihn „in schnellster Fahrt ohne anzuhalten“ passiert, endet jämmerlich in der Bahnhofsstraße. Aber Wozzeck und Eberls Preßkultus wissen das ja auch ganz genau: sie spekulieren nur auf den Stumpfsinn ihrer Leser, um den Erfolg des Streiks zu verkleinern. Ueberrassend wäre es ja auch ein verbrecherischer Versuch, selbst einen Bahnhof, der nicht Kopfstation ist, in voller Fahrt zu passieren, wenn man nicht weiß, ob die Gleise frei und die Weichen richtig gestellt sind.

Demonstration der Garnison Riesa.

Am 28. Februar tagte im Hotel Stern zu Riesa eine ausnehmend gut besuchte Soldatenversammlung. Der große Saal war bis zum letzten Platz dicht besetzt, man schätzte die Teilnehmerzahl mit 1600 bis 1700 nicht zu hoch. Diese massenhafte Beteiligung ist ein sprechender Beweis dafür, daß auch die meist noch sehr jungen Soldaten anfangen, den Ernst der Lage zu erfassen und gewillt sind, sich auch im Falle ersterer Konflikte hinter ihre gewählten Soldatenräte zu stellen. Den Anlaß zu dieser Versammlung gab einerseits die Möglichkeit, daß der Jahrgang 00 im Dienst zurückgehalten wird, andererseits die wieder in den Vordergrund getretene Offiziersfrage, sowie die allgemeine politische Lage.

Eine vom A. und S. Mat Großkapitän einberufene Konferenz war von den A. und S. Maten 20 sächsischer Garnisonorte besetzt. Nach Besprechung der Situation wurde eine Delegation aus Ministerium für Militärwesen geschickt, um den Minister über Schwere Fragen, namentlich über die neugeschaffene Lage, zu interpellieren. Im Verlauf dieser Besprechung wurde die Kommission unterrichtet, daß alle jüngeren Offiziere in Kürze entlassen würden, ebenso alle Offiziere z. D. und a. D. Ferner erreichte sie die Zusicherung, daß das Heer im Felde gänzlich aufgelöst und somit auch die Frage der Oberposten entschieden sein würde.

Mit diesen vagen Zusicherungen konnte sich aber die Kommission nicht zufrieden geben und verlangte kategorisch die Abhebung aller Offiziere mit der Begründung, daß dieselben durch passive Resistenz nur die Demobilisierung verzögern. Für diese Forderung war vor allen Dingen maßgebend, den Offizieren während der Revolution alle Machtmittel aus der Hand zu schlagen. Da nach Vorwissen wie in München und andersorts zu schließen, das Offizierskorps nicht die Gewähr gibt, im Sinne der proletarischen Revolution zu wirken. Nach vielem Hin und Her versuchten der Minister und der ihm sekundierende Soldatenrat Kirchhof sich um den Kern der Fragen herumzudrücken.

Der Minister, auf die Gefahr einer zweiten Revolution aufmerksam gemacht, bejaunt sich auf seine Würde, die er nicht besser hervorheben zu können glaube, als mit dem Hinweis und der Drohung auf einen dann zu erwartenden Einmarsch preussischer Regierungstruppen.

Als auch dieser stärkste Trumpf an der Festigkeit der Kommissionsmitglieder verpuffte, entschloß sich der Herr Minister endlich, die oben besagten Zusicherungen zu geben.

Weiter forderten die Kommissionsmitglieder eine sofort einzuberufende Landeskonferenz der A. und S. Maten Sachsen nach Dresden, welchem Ansuchen sich der Minister ebenfalls widersetzte. Er meinte, daß dieser Konferenz doch nur durch seine Zugeständnisse der Beratungstoff genommen sei. Die Delegation konnte aber von dieser Forderung nicht abgehen, da es höchste Zeit sei, festzustellen, ob die A. und S. Maten weiterbestehen oder aufgelöst werden müßten.

Zu dieser Lage sollte nun die heutige Soldatenversammlung Stellung nehmen. Die rege Anteilnahme der Erschienenen, die dem Redner reichen Beifall spendeten, zeigte, daß die Konferenz die Interessen der Kameraden richtig vertreten hatte, und bewies, daß die große Masse der Soldaten geschlossen hinter den dort vorgebrachten Forderungen steht.

Schon in der Protestversammlung kam zum Ausdruck, daß man sehr gut ohne Offiziere auskommen könne. Wenn es aber dort noch nicht recht planbar war, dem wird der Demonstrationstag der Soldaten, der sich in musterhafter Ordnung unter Leitung der Soldatenräte und unter Mitführung einer Musikkapelle sowie Plakaten, welche die Forderungen der Soldaten in Aufschrift trugen, durch die Stadt bewegte, gezeigt haben, daß der heutige junge Soldat auch ohne Kadavergehorsam, ohne die beständige Drohung mit Arrest, Urlaubsentziehung, Schikanen und Adressen aller Art Disziplin zu halten vermag. Ein Mann muß es nur verstehen, auf seine Individualität einzugehen, und ihn zur Unterordnung auf natürlichem Wege durch Aufklärung und Belehrung zu bringen versuchen. Das ist es aber gerade, was unsere Offiziere nie verstanden haben, heute noch nicht verstehen und niemals lernen werden, da sie, aus einer anderen Weltweisheit, die Ehre des Volkes und ihre Räte nicht kennen. Nur rechtlose Erschlaffung der vorabgedachten Forderungen: selbstgewählte Führer aus dem Volke.

Entlassung des letzten Offizierskorps, Entlassung aller oder, die entlassen sein wollen, feste Inangriffnahme der Sozialisierung kann diese und Ordnung aufrechterhalten. Vor dem Ausbruch der Revolution drückte der Kamerad Beder auf dem Allerpflanz ein beglücktes aufgenommenes Poch auf die sozialistische Revolution und auf das Rätesystem aus.

Ein ehrliches Bekenntnis.

Mit sehr gemischten Gefühlen dürfte das rechtssozialistische Führertum die Rede Noske in der Sitzung der Nationalversammlung vom 27. Februar genossen haben, in der er mit erschütternder Offenherzigkeit den Rebellischen jerrisch, den die rechtssozialistischen Führer so geschäftig um ihre Vergangenheit woben, insbesondere um ihre feindselige Haltung zur Revolution bis zur Stunde ihres Ausbruchs. Immer und immer wieder beteuerten ja die Herrschaften, gut sozialistisch und genau so revolutionär gesinnt zu sein, wie das revolutionäre Proletariat, das die Umwälzung in den Novembertagen herbeiführte. Auf Hinweise über ihr wirkliches Verhalten bis zur Stunde der Revolution vermaßen sie nur verlegene Redensarten auszubringen, oder sie ergingen sich in spitzfindigen Kasuistiken, oder — was am bequemsten war — sie übten sich in der berühmten Wanzentanz des Sichtsprechens, des Totschweigens. Im übrigen aber benutzten sie jedes Stückchen Druckpapier, das ihnen so reichlich zur Verfügung steht, um der Arbeiterschaft einzureden, sie hätten mit allen Fasern ihres sozialistischen Herzens die Revolution herbeigesehnt, wie nur irgendeiner aus der Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Und nun kommt Noske, des schwarz-rot-gold angefarbten neuen deutschen Reiches Wehrminister und trampelt mit erschütternder Landstreichmanier die mit sozialistischen Ueberbügen besetzten Tropfen über den Saufen, die seine Freunde dem noch gutgläubigen Proletariat vorgeblich haben. Wenn diese in Reden und Kritiken immer wieder versicherten, die allein wahren Hüter, ja, die allein wahren Väter der Revolution zu sein, so schreit Noske jetzt allen denen, die es noch nicht wußten, in die Ohren: Das ist nicht wahr! Das ist erlogen! Das ist ein angemachter Schwindel — denn die in den Novembertagen die Umwälzung vollzogen, die die alten Gewalten stürzten und der Freiheit eine Gasse brachen, sind noch Noske Landes- und Hochverräter, die das Verbrechen begingen, gegen die eigenen Volksgenossen den Kampf zu führen, in Deutschland „den Bürgerkrieg zu entfachen“. In einer Polemik gegen die U. S. P. wegen des Empfangs russischer Gelder zur Vorbereitung der Revolution benannte der Diebling des Januschauers gar januschauerlich in den Saal:

„Paris hat russisches Geld in Empfang genommen zur Entfaltung des Bürgerkrieges in Deutschland, und nun frage ich vor dem ganzen Lande diese Gemütsmenschen dabiraben (zu den U. S. P.), die uns immer wieder einen Vorwurf machen, wenn wir vor Gewalt nicht zurücktreten: Zu welchem Zweck habt ihr damals den Arbeitern die Pistolen in die Hand gegeben, die mit russischem Gelde angelastet waren? Doch nur zu dem Zweck, gegen die eigenen Volksgenossen den Kampf zu führen.“

So schmähle Noske die Revolution in einen ordinären Bürgerkrieg um. So schmähle er die Revolutionäre als eine Bande Hochverräter, die russischem Gelde zuliebe den Bürgerkrieg entfachten. Für Noske gibt es kein revolutionäres Proletariat, das den Kampf gegen die machtkräftigste Militärdiktatur der Welt, gegen Imperialismus und preussisch-deutschen Militarismus aufnahm und die brutalen Gewalten des alten Regiments endlich stürzte; für Noske gibt es kein freiheitsdürstiges Volk, das endlich die Ketten brach, in die Junkerun- und Bourgeoisie es geworfen hatten. Für Noske gibt es nur Ausführender und Verschönerer, gibt es nur Hoch- und Landesverräter ganz im Stile seines Vönners von Odenburg-Januschau. Da Noske aber keine zerbettete Person ist, sondern Mitglied der gegenwärtigen Regierung und ebenso herabdrückendes Mitglied der Abhängigen, so ist seine Rede von größter Bedeutung zur Beurteilung der gesamten Verfassung des rechtssozialistischen Führertums. Noske hat hier als entsetzliches nur ausgesprochen, was die übrigen sorgsam in ihrem Busen bergen. Er hat ein ehrliches Bekenntnis abgegeben von der wahren Gesinnung, wie sie in den führenden Kreisen des Rechtssozialismus herrscht. Die Herren wollen: keine Revolution, sie haben alles getan, um diese zu verhindern und fügen sich jetzt nur widerwillig dem Zwange der Verhältnisse. Sie stehen jede Minute sprunghaft, die Revolution wieder bählig abzumürgen. Sie stehen ganz im Wanne der Demagogie ihrer bürgerlichen Komplizen in der Regierung, und vor allen Dingen ist es Noske, der sich ganz und gar in die junkerlich-militärische Ideewelt hineingelegt hat. Daß er dies offen ausgesprochen, sei ihm gedankt.

Was Noske den Junkern ist, hat auf der Tagung des Bundes der Landwirte Herr v. Odenburg-Januschau ausgesprochen, als er ihn als den starken Mann feierte, dessen Art Wilhelm der Rechte in den kritischen Tagen hätte brauchen können. Was Noske den Alldutschen und Schwerindustriellen ist, das plaudert jetzt der bekannte Parter Traub in deren Berliner Blatt, der Deutschen Zeitung vom 27. Februar, aus, wo er sagt:

„Der Reichswehrminister Noske erfreut sich aller gemeiner Beliebtheit — die Unabhängigen und die Spartakisten ausgenommen. Mit Recht! Er besitzt Verstand und Mannhaftigkeit und geht entschlossen auf sein Ziel los. Ich habe mich selbst in Weimar über ihn geäuert. In der Stille Ministerseßel begehrender Parteiwirtschaft erquilt eine solche kühne Gestalt, der man anmerkt, daß hier ein Herz für das Vaterland schlägt.“

Pfarrer Traub galt ehemals als ein gefährlicher Opponent der Kirche und sah als solcher im freimüthigen Lager. Herr Noske galt ehemals als ein Opponent der kapitalistischen Gesellschaft und sah als solcher im Lager der Sozialdemokratie. Herr Pfarrer Traub fand während des Krieges, daß Ludendorff sein wahrer Gott sei, und er betete ihn an. Herr Noske aber entdeckte sein gut gedrücktes Unteroffiziersherz, das innerhalb Jahre lang befehlsmäßig Kredite bewilligte, im fünften aber, da eine ganz reglementswidrige Revolution ausbrach, den Korporalstod nahm, um ihn in alfrederiganischer Weise auf dem Buckel des „Pöbels“ tanzen zu lassen. Wenn Traub jetzt also Noske lobt, ist das nur recht und billig. Denn gleiche Seelen finden sich, am ehesten Renegaten.

Nichts gelernt und nichts vergessen.

Von der Gesinnung in Offizierskreisen macht uns ein Arzt, der sich ausdrücklich als Demokrat bezeichnet, der mit Sozialismus aller Schattierungen nichts zu tun hat, auf Grund eigener Erfahrungen die folgenden Mitteilungen:

Als Reserveoffizier weilte ich zwei Monate in einem jüdischen Reservelazarett, aus dem ich in der zweiten Januarhälfte entlassen wurde. Ich hatte dort reichlich Gelegenheit, die politische Ansicht der Offiziere kennen zu lernen, die sich seit der Revolution mit Politik befaßten. Die meisten jüngeren Reserveoffiziere, die den verschiedensten Berufsarten angehörten, zeigten unverkennbar demokratische Gesinnung: sie hatten aus den Erlebnissen offen-

bar etwas gelernt. Im schroffsten Gegensatz dazu standen aber fast ausnahmslos die aktiven Offiziere, und zwar um so ausgesprochener, je höher der Dienstgrad war. Ich wollte nichts sagen, wenn die Herren, die nicht mehr umlernen zu können glaubten, und die dem alten Regime alles verdankten, sich gegen die neue Ordnung einfach ablehnend verhalten hätten. Aber in aufdringlicher und plumpster Weise gingen sie gegen alle jene vor, die nicht „deutsch-national“ und königstreu waren. Die Vertreter der demokratischen und sozialistischen Richtung wurden mit den verächtlichsten Ausdrücken beleidigt. Aus allen Reden hörte man die Verärgerung heraus, daß die glänzende Stellung verschert, daß der Berufsoffizier fast gesteuert ist. Das war der einzige Gesichtspunkt, der für die Herren entscheidend war. Dabei liebten sie es, die eigenen Verdienste um das Vaterland gewaltig herauszutreten. Der Anteil der Mannschaften und der Unteroffiziere mußte nach dieser Darstellung ganz verschwindend sein. Immer wieder wurde hervorgehoben, daß 38 Prozent aller Offiziere gefallen seien. Als wenn der Offizier bei der Wahl seines Berufes nicht mit dem Tod auf dem Schlachtfelde rechnen müßte; als wenn er das Recht hätte, sich über solche Verluste zu beklagen, da er den Krieg als Jungbrunnen und Ideal bezeichnet hat. Ich mußte immer an das bekannte Wort: „Eigenlob stinkt“ denken, wenn diese Selbstbeweihräucherungen vom Stapel gelassen wurden. Dabei zeigten diese Herren, die gegen Andersdenkende mit den größten unparlamentarischen Ausdrücken herumwarfen, die denkbar größte Empfindlichkeit, wenn die andere Seite dann auch einmal nicht ganz ruhig war. Als gelegentlich einer Versammlung der Tod Liebke und Rosa Luxemburgs verhandelt wurde, erscholl minutenlang der Beifall und Händeklatschen, was mich um so mehr anerkante, als auch die demokratischen Kameraden in diesen rohen Chorus mit einstimmten. Politisch stehe ich den beiden hingemordeten fanatischen Ideologen gänzlich fern, und vieles von ihrem Treiben halte ich verwerflich. Aber als Mensch halte ich es für meine Pflicht, gegen jeden andern Menschen Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu üben. Von solcher Gesinnung sind die Offiziere leider noch weit entfernt. Die Haltung aktiver Offiziere zeigt nur zu deutlich, daß sehr viele von ihnen für Putz gegen die Revolution leicht zu haben sind. Die jüngsten Ereignisse in München sind ein praktischer Beleg dafür. Dr. Alexis Schmidt, Großschöher.

Parteitag der U. S. P.

Berlin, 4. März.

(Eigene Drahtmeldung.)

Die gestrige Vormittagssitzung wurde ausgedehnt von zwei großen Reden der Genossen Kautsky und Clara Zetkin. Kautsky erhellte Bericht über die Tätigkeit der Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratie auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz zu Bern. Zu Anfang wüthete er kurz über, seinem Mitarbeiter in Bern, der ursprünglich den Bericht hatte erstatten sollen, Worte warmen Bedenkens. Einers ernstlicherer und hingebender Arbeit und seiner feurigen Bereitschaft sei es wesentlich mit zuzuschreiben, wenn die Unabhängige Sozialdemokratie auf der Konferenz einen glänzenden Triumph erzielt habe. Kautsky gab sodann eine Darstellung der Verhandlungen; seine Rede gewann Bezug auf die Streitfragen innerhalb der Partei, auf die Ablehnung der Resolution Adler verarbeitete, die eine Verurteilung des Bolschewismus durch den Kongress beabsichtigte. Kautsky erklärte, er habe sich zur Annahme nicht entschließen können, da die Resolution der Kongressmehrheit, die sich für die Demokratie erklärte, keinen direkten Bezug auf den Bolschewismus genommen habe. Zum Schluß sprach er unter lauten Beifall die Ermahnung aus, daß die Konferenz die revolutionäre Entwicklung in Frankreich und England, die sozialistische Umwandlung der Welt befördern werde.

Genossin Zetkin, die auf Beschluß des Parteitags unbestimmte Rechte erhielt, wandte sich in einer sehr temperamentsvollen Rede heftig gegen diese Rede Kautskys, gegen die „Rechtlichung“ in der Partei überhaupt. Sie kritisierte aufs Schärfste den Eintritt in die Regierung, verwarf die Resolution Haase und verlangte eine deutliche Erklärung, die sie für ihre Person auf jeden Fall herbeiführen werde. Die Rede fand wiederholt demonstrativen Beifall.

Auf Vorschlag Traub-Kommission wurde eine Kommission eingesetzt, die versuchen soll, das Gute aus den beiden Resolutionen Haase und Däumig zu vereinigen.

In der Nachmittagsitzung begann die Diskussion. Breitfeld erklärte die Resolutionen Haase und Däumig für vereinbar. Meinand ist mehr gegen die Räte, man habe zu umlernen; das Rätesystem sei nicht als endgültiges Ziel, sondern als Uebergangsstadium zur Demokratie zu verlangen. Dismann-Prankfurt stellt sich unbedingt auf den Boden der Resolution Däumig. Knauß-Gera erkläre die Eintragung ist absolut notwendig, sie sei sofort in Angriff zu nehmen. Die Diskussion dauerte bis zum Abend fort und wird morgen fortgesetzt werden.

Deutschland.

Anders als in Leipzig.

Berlin, 4. März. Der Vorstand der Werkstattammer für die Provinz Brandenburg erläßt eine Erklärung, in der er den Generalkriegsverurteilt, aber die Kollegen ersucht, jedem ärztlicher Hilfe Bedürftigen diese nach Möglichkeit zu gewähren.

Lebensmittelunruhen in Spanien.

Amsterdam, 1. März. Das neuterische Bureau meldet aus Madrid vom 28. 2., daß es wegen Lebensmittelmangels zu ersten Unruhen kam: Schlägereien und Wäckerläden wurden gestürmt. Nach Verhängung des Standrechts wurde die Ordnung wieder hergestellt. Truppen patrouillierten in den Straßen. Aus Madrid vom 1. 3. meldet das neuterische Bureau, daß die Regierung sämtliche Wäckerläden übernommen hat. Romanones erklärt, daß die Prozesse der Verhaftung gegen die Lebensmittelhändler sofort an Umfang zugenommen hätten, daß es notwendig sei, ernste Vorschriften zu treffen. Infolge Brotmangels kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Einwohnern. Das Publikum steht in Reih und Glied vor den Türen der Wäckerläden. — Die Exer in Valencia streiken. Die Zeitungen erscheinen nicht. — In Barcelona herrscht Ordnung. Die Belagerung der Stadt ist sichergestellt. Madrid, 4. März. Der Belagerungszustand ist aufgehoben worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Generaldirektor Hoover. Wilson hat Hoover zum Generaldirektor des amerikanischen-europäischen Hilfswerks zur Verringerung der Hungersnot ernannt.

Kärntner in Oesterreich. Der Staatsrat hielt gestern seine Sitzung ab. Staatskanzler Kerner, die Staatssekretäre, sowie Staatsnotar Eglhofer erklärten ihren Rücktritt. Sie wurden vom Staatsrat mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte betraut.

Der neue Emir von Afghanistan. Die India office erzählt, hat sich Sardar Amanullah Khan, der dritte Sohn des verstorbenen Emirs in Kabul, zum Emir ausgerufen. Amanullah, der sich zum Emir in Kandahar ausgerufen hatte, unterwarf sich Amanullah.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. März.

Parteilangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion der U. S. P.

Sitzung der Fraktion am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr im Voolthaus.

Orderein Wagmig-Indenon-Schlesing. Die Bibliothek ist während des Generalkriegs Dienstags und Freitags, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, geöffnet. Die Bibliothekare werden ersucht, den Dienst aufzunehmen. Der Vorstand.

Der A- und S-Rat und die Streikleitung haben beschlossen, daß keinerlei Ausweise nach auswärts mehr ausgestellt werden.

Die Obmänner der Betriebe werden ersucht, morgen im Bureau des Arbeiter- und Soldatenrates für sich und für die Mitglieder der Arbeiterauschüsse ihre Ausweise abzuholen.

Das Streikbureau der Postbeamten ist jetzt im Voolthaus Germania an der Heiligen Brücke.

Ruhe in Leipzig.

Um den Eindruck des machtvollen Massenstreiks abzuwachen und den Streikenden die Sympathie anderer Arbeiterkreise zu nehmen, brachte ein süddeutsches mehrheitssozialistisches Blatt die Meldung von dem Ausbruch des Streiks in Leipzig unter der verlogenen Ueberschrift: Planmäßige Organisation von Unruhen. Der bisherige ruhige Verlauf des Streiks hat den Verleumdern der revolutionären Arbeiterschaft Lügen gestraft. Nirgends ist bis zur Stunde in Leipzig die Ruhe gestört worden. Auch gestern bot das Straßenleben das bereits gewohnte Bild. Große Menschenmassen wogen tagsüber, besonders in den Nachmittagsstunden, durch die Straßen. Vorübergehend finden hier und da unbedeutende Ansammlungen statt, die sich schnell wieder zerstreuen. Stauungen der Menschenmenge gibt es nachmittags, wenn die Zeitungsverkäufer der Leipziger Volkszeitung erscheinen. Von Witzbegierigen aller Kreise werden die Verkäufer bestürmt. Mit dem Eintritt der Dunkelheit leeren sich die Straßen. Mannschaften der aus Arbeitern gebildeten Volkswache sorgen dafür, daß auch während der Nacht die Ruhe nicht gestört wird.

Beim Dunkelwerden schließt wegen Mangel an Beleuchtung auch die meisten Gastwirtschaften, Theater und fast alle andern Vergnügungsorte sind ebenfalls geschlossen. Die Lebensmittelgeschäfte sind fast ohne Ausnahme geöffnet. Allerdings schrumpfen ihre Warenvorräte immer mehr zusammen. Dagegen halten eine Anzahl Geschäfte anderer Branchen, z. B. die großen Waren- und Konfektionshäuser, Zigarettengeschäfte, einige Kaffeehäuser und Automatenrestaurants ihre Porten geschlossen. Den Lebensmittelbetrieben, Krankenhäusern, Metzgereien usw. werden durch die Streikleitungen der einzelnen Bezirke Kohlen zugewiesen. Damit wird den Leitern der Krankenhäuser und Kliniken der Vorwand zu der öffentlich angelegten vollständigen Schließung dieser Heilstätten genommen. Die Verteilung der Nahrungsmittel an die Bevölkerung geht im allgemeinen in der üblichen Weise weiter, wenn auch hier und da vorübergehende Störungen eintreten. Dagegen machte der Beamtenstreik die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen, Kriegsunterstützungen usw. höher unmöglich. Natürlich sind es am Streik der Arbeiter völlig unbeteiligte, Arbeitslose, Angehörige von Gefangenen, Kriegsgewitwen und -waisen, die unter dieser Wirkung des bürgerlichen Gegenstreiks besonders zu leiden haben. Der A- und S-Rat ist bemüht, auch hier Abhilfe zu schaffen, so daß die Auszahlung heute wieder beginnen wird.

Alles in allem — in Leipzig herrschen nach wie vor Ruhe und Ordnung. Das ist gewissen Kreisen sichtlich unangenehm, wie die geistliche Verleugung der Dresdener Regierung beweist. Diese Kreise würden es offenbar lieber sehen, wenn es zu Tumulten und Ausschreitungen käme, damit sie einen besseren Anlaß hätten, einzuschreiten und mit ihren Gardes in ihrer Weise „Ordnung“ zu schaffen. Die Leipziger Arbeiterschaft wird aber auch weiter Besonnenheit und Disziplin wahren und ihren Gegnern nicht den willkommenen Anlaß zum Einschreiten bieten.

Die Beeinflussung der Arbeiterschaft während des Krieges.

Um ihre imperialistischen Ziele zu erreichen, haben die herrschenden Gewalthaber während des Krieges jede freiherrliche Regierung der Arbeiterschaft brutal unterdrückt. Zeitungen und Versammlungen wurden verboten, um den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, sich in ihrem Interesse verständlich zu machen und aufzuklären. Besonders sollte jede Strömung gegen die Regierungssozialisten unterbunden werden. Dafür folgendes Schriftstück aus den Akten der Kriegsamtsstelle Leipzig:

Stellv. Generalkommando 10. A.-K. Leipzig, 16. April 1918

Präsidenten-Abteilung

Ar. 16255 Pa. Geheim!

Zuverlässigen Mittellungen zufolge beabsichtigt die U. S. P. D. innerhalb der Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Abstimmung der Mitglieder des genannten Verbandes über die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages herbeizuführen.

Zweck des einzuberufenden außerordentlichen Verbandstages würde die Erzwingung eines Vorstandswechsels im Verband sein, um den gesamten Verband alsdann in die Arme der U. S. P. D. zu ziehen.

In Uebereinstimmung mit den kaiserlichen Kriegsministerien wird gebeten, sobald Wahrnehmungen über eine derartige Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppen des Deutschen Metallarbeiterverbandes im dortigen Bereich gemacht werden sollten, einzuschreiten und diese Tätigkeit ebenso wie die Abhaltung einer etwa geplanten Generalversammlung zu verbieten.

Von Seiten des Stellv. Generalkommandos

Der Chef des Stabes

J. A.

gez. Freise.

Über man suchte auch auf andern Wegen Einfluß auf die Arbeiterschaft zu gewinnen, um sie von Bewegungen und Streiks abzuhalten. Der General v. Schweinich empfahl folgenden Weg:

XIX. (2. 2. S.) Armeekorps. Leipzig, 3. 5. 17.

Stellv. General-Kommando.

Dr. B. Nr. 131. St. A. K. A. Geheim!

Dem Kgl. Kriegsministerium, Abtlg. VI

Dresden.

Im Verlauf der anlässlich der Leipziger Streikbewegung hier umfangreicher Weise eingeleiteten Arbeiteraufklärung ist die

Beobachtung gemacht worden, daß eine besonders gute Wirkung zur Verhütung der Arbeiterschaft und zur Rückkehr zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen das Vaterland von den Feldpostbriefen ausging, in denen die im Felde stehenden Angehörigen oder Arbeitsgenossen der Streikenden diesen ihre Mißbilligung über den Streik in deutlichen Worten ausdrückten. Die Arbeiter sollen sich angesichts solcher Briefe zum Teil gekümmert haben.

Es wäre deshalb sehr erwünscht, wenn ein Einfluß auf die im Felde stehenden Unteroffiziere und Mannschaften aus den Kreisen der Arbeiterschaft dahingehend gewonnen könnte, daß 1. die Leute über den Streik, über die hinterlistige Art seiner Anzeilung durch die hinterlistige Minderheit, endlich über die verderblichen Folgen des Streiks für das Feldheer und seine kriegsverlängernde Wirkung entsprechend aufgeklärt und 2. ihnen vertraulich und vorsichtig nahegelegt wird, in den Feldpostbriefen und Karten an ihre Angehörigen und an ihre Arbeitskameraden in der Heimat ihrem Horn und ihrer Mißbilligung der Streikbewegung deutlichen Ausdruck zu geben.

Die in den Zeitungen veröffentlichten Feldpostbriefe des gleichen Inhalts haben ihre Wirkung verfehlt, da sie für bestellte Arbeit gehalten werden. Es kommt also nur direkte Einwirkung durch persönlich erhaltene Briefe — die sich auch herumsprechen — in Frage. Jedemfalls ist erste Bedingung für die Wirkung der vorgeschlagenen Maßnahme, daß sie streng vertraulich behandelt und niemanden aus den beteiligten Arbeiterkreisen bekannt wird.

Das Kgl. Kriegsministerium wird daher sehr ergebenst gebeten, diesbezügliche Maßnahmen bei den mobilen Generalkommandos pp. in Vorschlag zu bringen.

Der Kommandierende General v. Schweinich.

Der General bestellt also Jörn, Mißbilligung und Enttäuschung bei den Fronttruppen als Maßnahmen gegen Streiks. Die Unternehmer in trauter Gemeinschaft mit den Militärs, haben aber noch andre Mittel verurteilt.

Ueber eine Sitzung der Kriegsamtsstelle Leipzig am 30. April 1917 finden wir ein Protokoll, dem wir folgendes entnehmen:

Anlaß: Arbeiterbewegung. Vorsitz: Hauptmann Ritter. Anwesend: Von der Handelskammer Leipzig: Syndikus Justizrat Dr. Wendland, Direktor G. Müller, Direktor Alfred Nothe, Fabrikbesitzer Emil Vogel.

Rom Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig: Syndikus Rechtsanwält Dr. Kreichmar.

Von der Handelskammer Plauen: Kommerzienrat A. Mühlberg, Fabrikbesitzer Oskar Jäger, Crimmitschau.

Von der Handelskammer Chemnitz: Syndikus Dr. Heubner, Geh. Kommerzienrat Arthur Schied, Frankenberg.

Von der Kriegsamtsstelle Leipzig: Hauptmann Regel, Indendanturassessor Camin, Oberleutnant Kühn, Leutnant Geltner.

Punkt 3 der Tagesordnung: Aufklärung der Arbeiter. Hauptmann Ritter weist darauf hin, daß die Arbeiter vielfach noch nicht wissen, welche Folgen eine solche Streikbewegung haben könnte und welche Folgen ein frühzeitiger Friedensschluß für sie selbst haben würde. Oberleutnant Kühn teilt an der Hand eines vorliegenden Rundschreibens aufzuklären, und zwar durch Arbeitskollegen, die bei dieser Aufklärungsarbeit selbstverständlich das Rundschreiben nicht in der Hand haben und nicht auf ihren Auftrag zur Aufklärung hinweisen dürfen.

Zu dieser Aufklärungsarbeit hätten die Betriebe durchaus zuversichtlich und durchaus vertrauenswürdig Arbeiter heranzuziehen. Soweit solche Arbeiter, die zur Aufklärungsarbeit geeignet sind, zur Zeit eingezogen sind, würden sie, selbst wenn sie kriegsverwendungsfähig sind, entlassen und zurückgestellt werden. Derartige Zurückstellungen sollen zur Vermeidung einer Vermischung mit anderen Gesellen nicht an Abteilung 2, sondern an Stab A unter Hinweis auf die heutige Befehlsprechung gerichtet werden und zwar am besten durch Vermittlung der Handelskammer. Die Kriegsamtsstelle erwartet, daß diese Einrichtung nicht dazu benutzt wird, lediglich zur Gewinnung von Arbeitskräften Rückstellungsgesuche einzureichen.

Dann, gibt Ritter, die Absicht, der Kriegsamtsstelle bekannt, einen in der Metallarbeiterzeitung erschienenen Aufruf des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Flugblatt an alle Metallarbeiter des Korpsbezirks zu verteilen. Es wird vereinbart, daß die Verteilung durch die einzelnen Betriebe erfolgt, und daß der Verband der Metallindustriellen in Leipzig die hier in Betracht kommenden Betriebe und die für jeden nötige Zahl der Flugblätter der Kriegsamtsstelle bezeichne.

Als selbst K. v. Leute sollten entlassen werden, wenn sie sich dazu mitbringen ließen, den Interessen der Unternehmer zu dienen. Dies Material zeigt so recht die Schändlichkeit des deutschen Imperialismus; es beweist aber auch, wie verwerflich die Haltung der Gewerkschaftsbürokratie war, die dem Imperialismus treu zur Seite stand.

Zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse.

Um den starken Andrang bei der Ortskrankenkasse zu vermeiden, empfehlen wir, die freiwillige Mitgliedschaft durch Postkarte anzumelden. Es müssen aber der Vorname, der Familienname und die Nummer des Mitgliedsbuches angegeben werden.

An das Personal der Firma C. G. Röder.

Eine Anmeldung bei der Ortskrankenkasse ist nicht nötig, weil die Firma vorläufig den Beitrag weiterbezahlt. Der Arbeiterrat.

Zum Gegenstreik der Ärzte

wird uns von einem Arzt geschrieben: Wir möchten bei dieser Gelegenheit den Verband nochmals daran erinnern, daß er allein zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Ärzte gegründet wurde und alles, was bis jetzt hinzugekommen ist: Quäbungsprogramme, Detektivinstitut, Führung geheimer Personalakten (allen außer dem Betroffenen zugänglich) nach Art der früheren Geheimpolitik (als ob wir nicht selber genug Polizei im Lande gehabt hätten), in der auch das geringste Vergehen dem Verfassenden sein ganzes Leben lang nachgesührt und seine Existenz oft auf das schmalste gefährdet wird, konfessionelle Audits usw., nicht das geringste mit der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen zu tun haben.

Es bleibt den Kollegen unbenommen, welche das Bestreben in sich fühlen, dem früheren Interregime wieder zuzutreten, unter dem sie selbst wie die ganze Wissenschaft sich beklammert eines so hohen Ansehens erfreuten (vgl. Offiziersklubs, Postamt mit Geheimabteilung usw.). Diejenigen Kollegen jedoch, welche diese Aenderungen ausgetreten haben, möchten unbedingt durch die Geheimpolitik des A. V. ihren Weg gehen, welcher der Weg der Freiheit und der Gleichheit des ganzen Volkes ist. Mögen die Herren Universitätsprofessoren, welche auf Kosten des Ärztesprekariats zu Kapitalisten geworden sind, die Interessen des Volks zu verteidigen, welche auch die übrigen sind, wir Ärzte sind weiter nichts als Lohnarbeiter im Dienste des Volkes, dessen Leben wir während des ganzen glänzenden Aufschwunges der Wilhelmsjahre geteilt haben. Ein soz. Arzt.

Die Gefahr unbefugter Treppen.

Wenn ein Mieter, der eine Wohnung schon längere Zeit inne hat, auf dem Wege nach der Wohnung auf der unbefugten Treppe zu Fall kommt und sich verletzt, so kann ihm nicht der Unfall als mitwirkendes Verschulden angerechnet werden, daß er von seiner elektrischen Taschenlampe oder einem ähnlichen Beleuchtungsmittel keinen Gebrauch gemacht hat. In diesem Sinne hat sich jetzt das Oberlandesgericht Kiel unter Billigung des Reichsgerichts ausgesprochen. Abgesehen davon, daß von dem Mieter nicht verlangt werden kann, daß er bei jedem

Gang eine Lampe bei sich trägt, handelt er nicht in schuldhafter Weise fahrlässig, weil er klar und deutlich genau kennt und erwarten kann, daß er bei vorsichtigem Gehen, ohne Stufen zu nehmen, in seine Wohnung gelangt. In dem zur Entscheidung stehenden Falle war der Mieter — ein Stadtkarnt in Kiel — auf der mit Säbne verunreinigten Treppe ausgeglitten. Die Uhr, welche das Licht in der fünften Stunde automatisch einstellte, war schadhast geworden und der Hausverwalter hatte verkannt, das Licht auf die sonst übliche Weise einzuschalten. Nur derjenige handelt fahrlässig, der ein fremdes Haus nach Einbruch der Dunkelheit betritt und dort zu Schaden kommt, weil er mit der Dunkelheit nicht vertraut ist. Er darf sich nicht auf Gerabewohl vorwärts-laffen, sondern muß sich auf irgend eine Weise — etwa durch Heraus-laffen des Baumans oder eines Mieters — Licht verschaffen oder umkehren. Urteil des Reichsgerichts vom 28. Februar 1919, Aktenzeichen III. 400/18.

Lehrlings-Mißhandlung.

Welche Art einzelne Unternehmer über den Generalkrieg und die Beteiligung der Lehrlinge haben, geht aus folgenden Vorgängen bei der Maschinenfabrik Herberich und Seyden, R.-Stüttert, hervor. Die 14 Lehrlinge wollen mit streiken. Der Geschäftsführer und Teilhaber Hentschel zwingt nun die Lehrlinge, täglich bis Mittag zu arbeiten. Will sich nun die Lehrlinge untereinander und mit ihren Eltern verständigen, schlägt sie Hentschel. Der Lehrling M., der die Mutter eines von Hentschel eingesperrten Lehrlings benachrichtigte, wurde geschlagen, daß Blut aus Nase und Ohr drang und er einseitig schwerhörig ist. Auch die Lehrlinge B. und G. wurden geschlagen. Ein Lehrling, der sich der Mißhandlung widersetzte, wurde entlassen. Hentschel sagte, er solle sich Geld und Zeugnis im Zwoll holen. Es wird höchste Zeit, daß die mittelalterlichen Lehrverträge beseitigt und das Lehrverhältnis auf moderner Grundlage geregelt wird.

Anonyme Briefe und Postkarten an unsere Adresse sind nur Geld-, Papier- und Tintenverschwendung, da diese Schreiben, ohne an die Redaktion zu gelangen, schon von unserm Sekretariat in den Papierkorb geworfen werden.

Karl Hermann Dehmig †. Gestern verstarb nach längerer Krankheit in der Heilanstalt Döben der Genosse Karl Hermann Dehmig im 52. Lebensjahre. Er war früher Expedient in der Fleischereibehaltung und später in der Schnittwarenabteilung des Konsumvereins. Vor seiner Krankheit war Dehmig auch ein äußerst tätiger Mitarbeiter in der Arbeiterbewegung. In der Partei hat er mehrere Ehrenämter inne gehabt. Unter anderem wurde er von den Genossen des Südbezirks mit dem Amt des Bezirksleiters betraut und zum Mitglied der Parteileitung gewählt. Die Genossen und Genossinnen werden das Andenken des verstorbenen Mitkämpfers in Ehren halten.

Ein gemeindefähliches Handwerk betrifft der Leipziger Birgerausschuß. Den Streik der Arbeiter für die Sozialisierung sucht er durch Verhinderung der Lebensmittelversorgung und Zahlung der Unterstufungen zu bekämpfen. Die Folgen seiner Maßnahmen aber schließt er den Streikenden, vor allem der Streikleitung in die Schuhe. Ein Flugblatt, das in diesem Sinne verfaßt ist, wird jetzt an die Bevölkerung Leipzigs verteilt. Die Arbeiterklasse weilt, daß die Streikleitung bemüht ist, die Lebensmittelversorgung und die Zahlung der Unterstufungen in Gang zu halten. Sie wird daher den Wunsch des Birgerausschusses richtig einzuschätzen wissen.

Wohnungswechsel und Lebensmittelkartenstellung. Jeder Wohnungswechsel ist nicht nur bei der Polizei, sondern auch bei den Kartenstellen zu melden. Wer innerhalb des Stadtbezirks umzieht, muß den Wohnungswechsel sowohl bei der Kartenstelle, die für seine alte Wohnung, als auch bei der Kartenstelle, die für seine neue Wohnung zuständig ist, melden. Bei der Anmeldung in der neuen Kartenstelle hat er die Haushaltkarte, den neuen Wohnungsmeldschein und die von der alten Kartenstelle ausgefertigte Umzugsmeldung vorzulegen. Wer den Umzug nicht meldet, kann bei der neuen Kartenstelle keine Lebensmittelkarten erhalten.

Mieterpreise für möblierte Zimmer. Ueber unerhörte Mietererhöhungen der Preise für möblierte Zimmer wird in einer Zuschrift Beschwerde geführt. Es wird berichtet, daß einer Arbeiterin das Zimmer 40 Mark im Monat zu zahlen sei, mit dem Bemerkten, entweder den doppelten Preis zu zahlen oder das Zimmer zu räumen. Diese 100prozentige Erhöhung ist allerdings der krasseste Fall. Erhöhungen von 50 bis 70 Prozent sind jedoch an der Tagesordnung. Mit Recht fordert man gegen solchen Mißbrauch, der oft von besser-gestellten Vermietern betrieben wird, das Einschreiten der Behörden. Im Interesse der Arbeiter und minderbemittelten Angehörigen wird verlangt, daß Vermieter und Vermieterinnen von möblierten Zimmern ihren Untermietern gegenüber, ebenso wie die Hauswirte, vom Kündigungrecht nur Gebrauch machen können, wenn es das Miet-einigungsamt Leipzig genehmigt.

Die Ziehung der 4. Klasse der Sächsischen Landeslotterie ist infolge technischer Schwierigkeiten bis auf weiteres verschoben worden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Gaußsch. Das gutgefinnte Bürgerturn von Gaußsch und Deggel streikt! Wer davon in beiden Orten noch nichts bemerkt hat, dem wurde es in einer am Sonntag in Schloß Hohenberg abgehaltenen Versammlung des Bürgerausschusses gesagt. Das honette Bürgerturn, streikende Rentner, Hausbesitzer, Fabrikdirektoren, Pensionäre und sonstige für unser öffentliches Leben wichtige Personen hatten sich zusammengefunden, um einen Vortrag von Herrn Theodor Fritsch anzuhören. Herr Fritsch ist der betriebsame Leiter der etwas anrührenden Deutschen Erneuerungsgemeinde, die nach dem Wutten des selig entschlafenen Reichs-schmidelverbandes in Volkshilfe tätig macht. Herr Fritsch fing mit einer sonntäglichen Vorkonferenz an: Die heutigen Verhältnisse habe man zum Teil dem Bürgerturn zuzuschreiben. Man habe sich früher zu sehr abgedorrt von den unteren Schichten, sei zu selbst-süchtig gewesen, nur auf Gewinn und persönliche Vorteile bedacht ufm. Aber die Hauptschuld trage natürlich die Sozialdemokratie, deren verheerendem Einfluß es zuzuschreiben sei, daß man nun dem wirtschaftlichen Bankrott entgegengehe. Ja, die Sozialdemokratie hat schwer geseselt, und dabei habe es doch der Arbeiter so gut gehabt. Herr Fritsch hat eine Wutfrau entdeckt, der Mann ist Maurer, ein erwachsener Sohn arbeitet gleichfalls, auch wohl noch eine Tochter, und diese Familie hat das arbeitslose Einkommen von 8000 Mk. Mancher Beamte verfüge nicht über ein derartiges Einkommen, ergo hat die Arbeiterschaft keinen Grund zur Klage. Aber die ewige Unzufriedenheit sei an allem Schuld. Die Wut-frau hat Herrn Fritsch gesagt, ihr Mann gebe sich nicht mit einer Wutstulle zum Frühstück zufrieden, er will sein Beefsteak haben. Und gar erik die andern Arbeiter, die verbrauchen den größten Teil ihres Lohnes für Bier und Zigarren, dann bekäme die Frau kein Wirtschaftsgeld, und so käme es, daß jetzt viele Frauen der Sozialdemokratie nachliefen. Nun müßten die ausländischen Arbeiter herhalten, die immer einen Saß voll Geld mit in ihre Heimat genommen hätten. Ach, und nun gar erik die Sozialisierung — gewiß und wenn aber —, na, die Sache gehe einfach nicht so, wie die Arbeiter wollten. Herr Fritsch weiß Bescheid: Gaar-genau habe er ausgerechnet, daß jeder Vergarbeiter dann den Beitrag von 148 Mk. jährlich mehr in die Tasche steckt, und das sei doch die ganze Sache nicht wert. Aber nun gelte es, der Arbeiterschaft die Spitze zu bieten, das Bürgerturn müsse zusammenhalten und dann werde alles wieder ins Lot kommen, und die Regierung, hinter der man einmütig stehe, werde ihrer schweren Aufgabe gerecht werden können und dem Bürgerturn gegen die Irregelmäßig-keiten beistehen. Der Beschuß, den Herr Fritsch erriete, war reich-lich vernehmlich sein anspruchloses Sonntagspublikum gab sich mit den Flachheiten und Albernheiten zufrieden. Es war unserm Ge-nossen Pflüger ein leichtes, das seltsame Gewäsch des Redners zu beleuchten und an der Hand der Tatsachen klar zu machen, daß die Dinge denn doch etwas anders aussehn, als wie sie dargestellt wurden. Jemandem Schreiber von der Amtshauptmannschaft machte die Versammlung gegen die Arbeiterschaft scharf, und es ist be-greiflich, daß die Mitteluna von der Verfassung des Amtshaupt-

mann bei unsern Wohlgefühnen ein Grinsen hervorrief. Die Nachsicht von der Freilassung ihres Vertrauensmannes löste dann auch den schweren Druck von den edlen Herzen. Eine ganze Anzahl bürgerlicher Redner gab sich alle erdenkliche Mühe, die Versammlung im gegenrevolutionären Sinne zu bearbeiten, aber man wußte im Grunde doch eigentlich nicht recht, wie man es anfangen sollte. Natürlich mußte auch ein Reglerungssozialist den Herrschaften Dankgesandten leisten — edle Seelen finden sich. Zum Schluß nahm man dann eine Resolution an, daß man weiter im Streit verharren wolle, aber großmütig will man sich auf Verhandlungen einlassen, das heißt, die Gaugischer Streitleitung soll zu den Herrschaften kommen und um Gnade bitten. So endete diese bürgerliche Morgenunterhaltung, und heute noch kennt unser honoriertes Wir erum bei allen Geschäftskleuten im Orte herum, um sie zur Schlichtung ihrer Taten zu veranlassen, das ist ihnen denn auch glücklich vorgegangen.

Arbeit ist es die höchste Zeit, sich zu organisieren und ihre berechtigten Forderungen nachdrücklich zu vertreten.

Annatnaundorf. Gemeindevorstand. Bisher war es in unserm Orte so, daß wer nicht von den Bauern ein Amt befehlig (Lebensmittelfarbenausgabe, Steuererhebung usw.), der sah ganz sicher im Gemeinderate. Jetzt sind drei von unsern Genossen in das Gemeindeparslament eingezogen und von der Bauernschaft vier Vertreter. Als Gemeindevorstand wurde unser Genosse Bähb gewählt. Trotz mehrmaliger Aufforderung hat der jetzige Gemeindevorstand, der sein Amt schon seit langer Zeit nur provisorisch führt (er ist seines Amtes wegen irgendeiner Sache enthoben worden), noch keine Rechnung geliefert. Unannehmlich mag es ja den Bauern sein, daß ein Arbeiter Gemeindevorstand wird, aber deswegen muß die Abrechnung doch erfolgen, so schwer es schließlich wird. Es gibt ja in der heutigen Zeit noch andere Mittel und Wege.

Zellhahn. Viehhältern. Am 1. März sind gezählt worden in 33 Haushaltungen 23 Pferde einschließlich 6 Fohlen und 8 Fuchshuten, 130 Stück Rindvieh (Kälber, Kühen, Bullen, Ochsen und Kühe), Schweine sind 61 zu verzeichnen, 8 Wägen bis über ein Jahr alt, 3 Mutterkühe und 27 Flegeln und Wäse, Gänse 42, Enten 19, Hühner 33, Pennen 307, Kanarienvögel 170 Stück.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Buchdruckerstand in Berlin in den dortigen Zeitungen, betrieben von Wölfe, Wölfen und Scherl ist kein politischer, sondern hat wirtschaftliche Forderungen zur Grundlage.

Briefkasten der Redaktion.

Bei allen Anfragen an unsere Briefkasten muß die Abonnementsquittung beigelegt werden.

N. N. 25. 1. Ja. 2. Ja.

D. Sch., Lindenau: Können wir nicht; es gibt jetzt viel wichtigeres zu veröffentlichen als die Kollertelken.

V. J. 1016. Eine solche Bekanntmachung ist uns nicht bekannt. Wir halten sie auch nicht für möglich.

C. A. 78. Die Ehefrau hat keinen Anspruch auf einen Militäranzug, wenn der Mann als Soldat gestorben ist.

A. M. 100. Von allem Nachschuß erbt der Ehemann in diesem Falle die Hälfte; die andere Hälfte fällt den Eltern der Frau zu.

N. St. 100. Sie können den Versuch machen.

N. St. 100. Sie können nicht sagen; vielleicht durch Insevat.

N. St. 1700. Ein solcher Satz ist uns nicht bekannt. Lassen Sie sich die Bestimmungen vorlegen.

N. St. 10. 1. Sie können nach der Schweiz. 2. Antrag können Sie stellen; der Erfolg ist zweifelhaft.

N. St. 67. 1. Und nicht bekannt. 2. Besuch an Steuerlokal-Kommission.

N. 7, Reudn. 6. März.

Druck und Verlag: Leipziger Volksdruckerei Aktien-Gesellschaft
(Diese Nummer umfaßt 4 Seiten.)

Umfliche Bekanntmachungen.

Nach Beschluß der Zentralstreikleitung wird bei Einsetzen des Frostes des 1. u. 2. März von 4. 8. 1918 dürfen Automobile und andere Beförderungsmittel Leipzig nicht mehr verlassen. Ausweise für solche Fahrzeuge werden nicht mehr ausgestellt.

Ausgeschlossen hiervon sind nur Gefährte, die Leipzig mit Lebensmitteln versorgen, und deren Beförderungsgewerbe-mäßige Händler sind.

Die Zentralstreikleitung.
Der Engerer Ausschuss des A. u. C. Rates.

Garnison-Kommando Leipzig.

Zur Pflege von erholungsbedürftigen Personen werden etwa 30 Plätze gesucht, die Lust und Liebe dazu haben. Als Entschädigung werden pro Tag Mk. 10 — gewährt.

Melden in der Kaserne des Ulanen-Regiments Nr. 18. Papiere sind mitzubringen.

Leipzig, den 8. März 1918. **Soldatenrat.**

Sonderverteilung von Flaschen- und Büchermilch an Kinder von 2-6 Jahren.

Es werden für Kinder von 2-6 Jahren auf je 10 Mark 15 K. 1 Flasche oder Büchse Milch zugewiesen. Sogleicher Verbrauch ist zu empfehlen, da für Haltbarkeit keine Gewähr übernommen wird.

Es kostet im Kleinhandel:

- 1 Flasche sterilisierte Vollmilch, Auslandsware, 1/2 Liter Inhalt, Mk. 3.00
- 1 Büchse kondensierte Magermilch mit Zucker, Auslandsware, 1.45 Mk.
- 1 Büchse kondensierte Magermilch ohne Zucker, Auslandsware, 1.70 Mk.

Ein Wahlrecht steht niemandem zu.

Bedarfsanmeldung und Markenabgabe in den Geschäften mit dem Schild „Verkauf von kondensierter Milch unter städtischer Aufsicht“ bis **Sonntag, den 8. März.** Andere Geschäfte sind zur Annahme von Marken nicht berechtigt, in solchen vorgenommene Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Entnahme der Bezugsscheine durch die berechtigten Geschäfte in der Bezugsscheinstelle am **Montag, den 10. März,** in der vorgeschriebenen Ordnung.

Im Anschluß an die Entnahme der Bezugsscheine haben die Kleinhandler bei der Lebensmittelverorgungs-gesellschaft Leipzig m. b. H., Burgstraße 33, I, unter Vorlegung der Bezugsscheine zu erfragen, in welchen Ausgabestellen und wann sie die Ware abholen können. Die angegebene Abholungszeit ist pünktlich einzuhalten und sofort nach Empfang der Ware mit der Ausgabe zu beginnen.

Ausgabe der Milch an die Verbraucher bis spätestens **Freitag, den 14. März.** Nicht einwandfreie Ware wird nur im Austausch, wenn sie bis **Sonntag, den 10. März,** dem Verkäufer und vom Verkäufer bis **Montag, den 17. März,** der Lebensmittelverorgungs-gesellschaft zurückgebracht wird.

Leipzig, am 4. März 1918.
Kr.-E.-A. II. Der Rat der Stadt Leipzig.

Butterverteilung.

I. Verbrauchszahl.

Es werden zugewiesen:

1. auf die Marke G der Landesfettkarte 80.50 g Butter,
2. auf die vom 11.-17. März gelassenen Sonderbuttermarken für Kranke die aufgedruckte Menge Butter,
3. auf die vom 11.-17. März gelassenen Buttermarken für Militärlieferanten und Besuchs-fremde je 80 g Butter.

Bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt der Preis für 80 g Butter 60 Pf., und für 80 g Butter 80 Pf.; bei der Abgabe an den Kleinhandler 567. — Mk. für den Zentner.

II. Verteilungsordnung.

Verbraucher: Abgabe der Marken unter I. 1. und 2. beim Butterkleinhandler bis **Sonntag, den 8. März.**

Kleinhandler: Bezugskartenentnahme in der Bezugsschein-stelle und Bezugskartenabgabe beim Großhändler **Montag, den 10. März.**

Großhändler: Bezugskartenablieferung in der Bezugsschein-stelle **Dienstag, den 11. März.**

Bezieher: Abholungszeit für Verbraucher **Montag, den 17. März.**

Auf die Buttermarken für Militärlieferanten und Besuchs-fremde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Ausdruck „Besuch“ ist die darauf zugewiesene Menge Butter ohne Vor-meldung in den Butterverkaufsstellen für Militärlieferanten und Besuchs-fremde zu entnehmen.

In übrigen findet die Bekanntmachung über die Butterausgabe vom 20. Februar 1918 Anwendung.

Leipzig, am 5. März 1918. **Kr.-E.-A. III.**
Der Rat der Stadt Leipzig.

Warnung!

In der Nacht vom 3. zum 4. März wurde in Leipzig-Sellerhausen ein Posten, der sich freiwillig der Leipziger Volkswacht zur Verfügung gestellt hatte bei Ausübung seines Dienstes von einem Eindringling erschossen.

Das Garntillkommando (Sicherheitsdienst) stellt sich veranlaßt, schärfste Maßregeln zu ergreifen gegenüber allen unautorisierten „Elementen“.

Der Bevölkerung Leipzig sei hiermit bekanntgegeben, daß sämtliche Nachtposten ange-wiesen sind, auf alle sich verständig machenden Leute, die auf den ersten Anruf „Halt“ nicht sofort stehen, zu schießen. Raub, Diebereien und Plünderungen werden unter keinen Umständen geduldet. Ebenso werden Leute, die unrechtmäßig im Besitz von Waffen und Munition, gleich welcher Art, angetroffen werden, aufs schärfste bestraft.

Droh. Schußw.

500 Mark Belohnung.

In der Nacht vom 2. zum 3. d. M. — vom Sonntag zum Montag — gegen 12 Uhr sind der Inhaber der Postenjuristenerei Jubel Volkowitsch und dessen Ehefrau in Taucha in ihrer Wohnung im Weite liegend von zwei unbekanntem, selbigen gekleideten Personen überfallen und schwer verletzt worden.

Der erste Unbekannte ist etwa 24 bis 25 Jahre alt, etwa 1.80 Meter groß, hat mittelblondes Haar, barlos, schlank, gesundfarbiges Gesicht, schmächtige Gestalt; der zweite ist etwa 27 bis 28 Jahre alt, etwa 1.65 Meter groß, hat mittel-blondes Haar, barlos, volles, gesundfarbiges Gesicht, kräftige Gestalt. Beide sind bekleidet mit grauen Militärmänteln — ohne Seitengewehr — mit Militärselbstmengen mit roten Streifen bekleidet.

Auf die Hilferufe der Ueberraschten haben die Täter, ohne etwas geraubt zu haben, die Flucht ergriffen und sind unerkannt entkommen.

Der Volkowitsch schwer verletzt ist und stark gebieter hat, so dürfen sich auch die Täter nicht mit Blut beflecken lassen.

Für Ermittlung der Täter sind **500 Mark Belohnung** ausgesetzt worden.

Ein gerichtsliche Wahrnehmungen wolle man der Sächsischen Landesstrafpolizei-Brigade Leipzig, der Polizei in Taucha oder dem nächsten Polizeibeamten mitteilen.

Leipzig, am 4. März 1918. **Sächsische Landesstrafpolizei-Brigade Leipzig.**

Leipzig-Ost.

Donnerstag, den 6. Februar, nachmittags 5 Uhr
Öffentl. Versammlung
in Kiehlers Festhale, Volksmarsdorf.

Tagesordnung:

1. Die Schule und ihre Zukunft. Referent: Genosse Lehrer **Otto Pabst.** — Diskussion.
2. Parteifragestellungen.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand des Ortsvereins **L.-Ost.**

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.
Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 8-1 und 4-6 Uhr. Sonnabende von 8-2 Uhr

12. Bezirk. — Stadtzentrum.

Bezirks-Versammlung

Donnerstag, 6. März, nachmittags 2 Uhr
im Volkshaus (Gesellschaftssaal)

Tagesordnung:

1. Wichtige Organisationsfragen.
2. Wahl der Bezirksleitung.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Zweigvereinsvorstand.

Freitag, den 7. März, mittags 2 Uhr
Versammlung
in Kiehlers Restaurant
Eibonienstraße 49.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Diese Versammlung findet sofort anschließend an die Auszahlung statt. **Der Vorstand.**

Achtung!
Markthelfer, Packer
in den Leipziger Grosso-Geschäften.

Die für Donnerstag, den 6. März, abends 7 Uhr, angelegte Versammlung findet wegen Lichtmangel **nicht statt.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Leipzig.

Städtische Elektrizitäts-Werke
Donnerstag früh 1/2 11 Uhr
Versammlung.
Lohnauszahlung.
Verbandsbuch mitbringen.
Die Streikleitung.

Beschränkung der Belieferung der Milchkarren.

Infolge der verminderten Milchzufuhr sind die Milchhändler mit Wirkung vom 27. Februar angewiesen, bis auf weiteres nur noch die diätetischen und grauen Milchkarren für Kinder bis zu 2 Jahren mit der aufgedruckten Menge zu beliefern. Wenn dann noch Vorräte zur Verfügung stehen, können die braunen Milchkarren für Kranke beliebert werden. Die Belieferung anderer Milchkarren ist untersagt. Soweit einzelne Händler mehr Milch zur Verfügung haben als zur Belieferung vorgenannter Karren erforderlich ist, ist diese an die Milchsammlstellen abzuliefern zur Verteilung an solche Händler, die nicht genügend Milch zur Belieferung der braunen und grauen und gegebenenfalls braunen Milchkarren zur Verfügung haben.

Kr. E. A. II.
Leipzig, am 4. März 1918.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau im Volkshaus
Leipzig, 12. 11. 3. Lu. 2
Telephon 2497.

Büreauzeit: Vormittags von 9 bis 12 Uhr,
nachmittags von 4 bis 6 Uhr.

Donnerstag, den 6. März, nachmittags 1/8 8 Uhr
Mitgliederversammlung
im Sandfouci, Eiferstraße.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Debatte vom 23. Februar,
Mitgliedbuch, in vorzulegen.

Musikarbeiter: Freitag, den 7. März, nach-mittags 1/8 8 Uhr, **Branchen-versammlung** im Sandfouci, Eiferstraße.
Tagesordnung: Bericht und Beschlußfassung über den Tarifvertrag für die deutsche Musik-industrie.
Die Lokalverwaltung.

Kommunist. Partei Deutschlands

(Spartakusbund) — Gruppe Leipzig.
Mitgliederversammlungen:
Bezirk Osten: Donnerstag, den 6. März, nachmittags 1/8 8 Uhr, in der Silberpappel.
Hält aus, falls Haupt- oder öffentliche Versammlung.
Bezirk Westen: Donnerstag, den 6. März, nach-mittags 1/8 8 Uhr, im Schloß Blumenfeld, Karl-Heine-Straße.

Sozialistischer Rede- und Lese-Abend
Leipzig, August-Schmidt-Haus, Dresdner Straße 7
Sammelsitzung jeden Donnerstag, abends 1/8 8 Uhr
Vorträge im März 1918:
Donnerstag, 6. März: **Staat, Kirche und Sozialismus.**
Donnerstag, 13. März: **Der sozialistische Mensch.**
Donnerstag, 20. März: **Die Ehe.**
Donnerstag, 27. März: **Die Arbeitsschule — die Schule der sozialistischen Gesellschaft.**

Außerdem finden wissenschaftliche Exkursionen statt.
Am 6. März beginnt der Vortrag bereits um 6 Uhr.

Bekanntmachung.

Das in den Brauereien und Biernieder-lagen zum Versand abgezogene Bier (Fas und Flaschen) kann laut Beschluß der **Streikleitung und der Leitung des Brauereiarbeiter-Verbandes** **Donners-tag, den 6. März, früh 8 Uhr,** an Selbst-abholer abgegeben werden.

Jede Weiterung ausgeschlossen.
Die Streikleitung.

An die Gesamt-Arbeiterschaft der Gummifabrik Ph. Benin

Freitag, den 7. März, nachmittags 2 Uhr
Betriebsversammlung
im Restaur. Zwei Linden, Karl-Heine-Str.
vis-à-vis Straßendamm-Depot.

Außerst wichtige Tagesordnung.
Es ist Pflicht aller beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen, festzimmert zu erscheinen. **Der Arbeiterausschuss.**

Personal Bekleidungsamt XIX.
Morgen Donnerstag, vormittags 1/2 10 Uhr
Personal-Versammlung
in der Spieß-Baracke. **Wichtige Anwesenheit.**